



BürgerInneninitiative gegen ein Großbordell in Marburg-Wehrda

Financial Times Dt. 8.5.2006

FTD 8.5.06

First Lady beendet Huren-Debatte

In den USA wird der Vorwurf laut, die Bundesregierung leiste der Zwangsprostitution während der WM Vorschub. Kanzlerin Merkel wirbt für das deutsche Modell

PETER EHRLICH, WASHINGTON

Im Land des American Football kann man mit „Soccer“, also dem im großen Rest der Welt beliebten Fußballspiel, wenig anfangen. Fußball ist in Amerika eine Frauen- und Kindersportart, auch wenn die Nationalmannschaft der Vereinigten Staaten bei der Weltmeisterschaft kommenden Monat mitspielt.

In der vergangenen Woche aber machte die bevorstehende WM in den USA Schlagzeilen. Nicht aus sportlichen Gründen, sondern weil die deutsche Regierung im Zuge der Veranstaltung angeblich die Prostitution und damit den Handel mit jungen Frauen aus Osteuropa fördert. Sogar Kanzlerin Angela Merkel erwähnte das Thema bei ihrem Treffen mit US-Präsident George W. Bush und warb für die deutsche Haltung – mit Zustimmung von Präsidentengattin Laura.

Hauptkritiker Deutschlands ist der republikanische Kongressabgeordnete Chris Smith, Vizevorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Repräsentantenhauses. Im Unterausschuss für Menschenrechte veranstaltete Smith eine Anhörung, bei der Experten ihre Ansicht über die WM ausbreiten konnten. 40 000 ausländische Frauen würden die heute schon 400 000 Prostituierten in Deutschland während der WM verstärken, darunter seien viele, auch minderjährige, Frauen, die von Menschenhändlern nach Deutschland verschleppt würden, hieß es. Dem widersprechen auch deutsche Experten nicht grundsätzlich, schließlich haben Polizeibehörden und die WM-Organisatoren extra eine Kampagne gegen Zwangsprostitution gestartet.

Smith und eine bunte Koalition aus religiösen Gruppen und Frauenrechtlerinnen aber werfen der Bundesregierung vor, durch die staatliche Legalisierung der Prostitution diese Entwicklung noch zu fördern. Deutsche Städte würden sogar extra Räumlichkeiten zur Verfügung stellen und machten sich damit mitschuldig an Vergewalti-

gungen. Die deutsche Botschaft in Washington wies das als „absurd“ zurück, aber etliche Zeitungen griffen das Thema auf. Nur wenige, wie der „Christian Science Monitor“, ließen Stimmen wie die von Michele Clark zu Wort kommen. Die Menschenhandlungsexpertin der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sagt, Zwangsprostitution gebe es unabhängig davon, ob die Prostitution legal ist wie in Deutschland oder illegal.



Merkel nahm das Thema so ernst, dass sie es beim Abendessen mit Bush am Mittwoch aufbrachte und die Anstrengungen der Regierung gegen Verschleppung und Missbrauch erläuterte. Als Bush fragte, warum

denn die Prostitution legal sei, erläuterte Merkel die Vorteile für die betroffenen Frauen wie größere Rechtssicherheit. Da griff Laura Bush, so erzählen es Teilnehmer, in die Debatte ein: Sie finde das einleuchtend. Zumindest auf höchster Ebene in den USA ist das Thema damit erledigt. Aber die Kritiker werden die deutschen Behörden und ihre Vorkehrungen bei der WM gewiss genau beobachten.